

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Haidi Streletz kommentiert den Entwurf für ein „Embryonenschutzgesetz“:  
Eine Knute für Frauen.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB verlangt die Beseitigung der massiven Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Transportgeschäft: Bonn vertreibt Unternehmer ins Ausland.

Seite 3

Alwin Brück MdB verurteilt die Grenzkontrollen der Bundesrepublik: Schlagbäume werden durch Computerschranken ersetzt.

Seite 4

41. Jahrgang / 123

3. Juli 1986

Eine Knute für Frauen

Zum Entwurf für ein „Embryonenschutzgesetz“

Von Dr. Haidi Streletz

Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Überhaupt nicht berücksichtigt sind in dem kürzlich vorgelegten Entwurf die zentralen Knackpunkte, die sich aus den Manipulationsmöglichkeiten an Foeten und Embryonen ergeben. Der Handel mit menschlichen Zellen, Gameten und Zygoten wird ebenso wenig verboten wie die Leihmutterchaft. Die zivilrechtlichen Folgen der künstlichen „Kinderproduktion“ werden überhaupt nicht geregelt.

Der erste Paragraph des Entwurfs kann nur so verstanden werden, daß künftig Schwangere und Mütter bestraft werden sollen, wenn dem Embryo ein Leid geschieht oder ein Kind mit Gesundheitsschäden zur Welt kommt.

Die AsF fragt den Justizminister, ob er wirklich diesen Frauen die Staatsanwaltschaft ins Haus schicken will?

Wir fragen weiter: An welchen Arbeitsplätzen wird es künftig noch möglich sein, während einer Schwangerschaft zu arbeiten? Denn Gefahren durch Bildschirme, Schadstoffe, einseitige Körperhaltung, Stress, Autofahrten zu und von der Arbeit, durch das Heben von Lasten und so weiter lauern überall. Schließlich: Wie muß sich eine schwangere Frau künftig im Haushalt verhalten? Ist ein Haushaltsunfall Selbstverschulden und Leichtsinns?

Wie wird die Lage beurteilt, wenn die Frau in Gebieten mit hoher Schadstoffemission wohnt, bis hin zur Strahlengefährdung? Setzt nun, wenn ein Kind tot geboren wird, das gleiche ein, was in den Scheidungsprozessen früher so unerträglich war, nämlich die Durchleuchtung des Privatlebens? Die Suche nach der Schuld, Unterstellungen und inquisitorische Fragen?

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
by the Bonn Press  
Rechen-Presse



Ein Embryonen-„Schutzgesetz“, das Schwangeren mit Strafe droht, lehnen wir ab.

Ebenso wendet sich die AsF gegen die bei Engelhard vorgenommene Festlegung des Begriffs Embryo auf den Zeitpunkt der Befruchtung der Eizelle und nicht auf den Zeitpunkt der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutterschleimhaut. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch offengelassen, ob menschliches Leben schon vor dem 14. Tag nach der Empfängnis besteht. Das Bundesverfassungsgericht ist also liberaler als der „liberale“ Justizminister.

Zu den folgenden wirklich wichtigen Bereichen enthält der Entwurf hingegen keine Aussagen:

- Wann, bei wem und durch wen In-vitro-Fertilisation (Befruchtung außerhalb des Körpers) verboten oder gestattet ist.
- Inwieweit die heterologe Befruchtung und die Anonymität der Keimzellenspender zulässig bleibt und ob der Samencocktail verboten wird.
- Der Handel mit Zellen, Gameten, Zygoten wird ebenso wenig verboten wie Leihmutterschaft und die Züchtung von geklonten Organen.
- Ein Verbot der Kryo-Konservierung ist nicht vorgesehen.
- Zivilrechtliche Regelungen, die sich aus der Produktion von Kindern ergeben: Erbrecht, Haftung, Sorgerecht, Nationalität, Kenntnis der Eltern und so weiter, werden überhaupt nicht vorgeschlagen.
- Für Experimente, die „dem Leben dienen“, wird keine Definition gegeben. Darunter kann also alles verstanden werden, an dem die Forscher Interesse haben könnten.
- Die Grenzen und Möglichkeiten für die pränatale Diagnostik und Fötaltherapie werden nicht festgelegt.
- Beratungsangebote für Betroffene fehlen gänzlich.

Fazit für die AsF: Der Entwurf wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet. Er ist im höchsten Grade illiberal.

(-/3.7.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



**Bonn verreibt Transport-Unternehmer ins Ausland**

Die massiven Wettbewerbsverzerrungen müssen beseitigt werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Deutsche Transportunternehmen flaggen ihre Lastkraftwagen zunehmend aus und melden sie um in andere EG-Staaten. Mit neuem Firmensitz betreiben sie ihr altes Transporgeschäft.

Dies ist die Folge des Ausverkaufs deutscher Interessen. Diese Bundesregierung gewährt ausländischen Firmen auf dem Verkehrsmarkt Bundesrepublik bessere Wettbewerbschancen als mittelständischen deutschen Unternehmen.

Massive Wettbewerbsverzerrungen prägen die Güterverkehrsmärkte Europas.

Allein bei der Kfz-Steuer und der Mineralölsteuer belaufen sich die Differenzen auf bis zu 600 Prozent zu Lasten deutscher Unternehmen. Die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen müssen schnell harmonisiert werden. Die Bundesregierung hat aber keinerlei Konzept.

Diese Handlungsunfähigkeit treibt die Unternehmen ins Ausland. Sie sehen für sich in der Bundesrepublik keine Wettbewerbschancen.

Die Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, die deutsche Kfz-Steuer auf ein europäisches Niveau zu senken. Die Steuerausfälle werden abgedeckt durch eine Schwerverkehrsgebühr, die von allen inländischen und ausländischen Nutzfahrzeugen erhoben wird.

Die deutsche Transportwirtschaft hat diese Vorschläge positiv aufgegriffen. (-/3.7.1986/vo-ha/rs)

\* \* \*



Schlagbäume werden durch Computerschranken ersetzt

Die Bundesrepublik isoliert sich und diskriminiert Bürger anderer EG-Staaten

Von Alwin Brück MdB  
Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Erleichterung der Grenzkontrollen und allmähliche Abschaffung der Personenkontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen. So lautet der Inhalt des 1984 beim Treffen des Europäischen Rates in Fontainebleau unterzeichneten Abkommens mit dem Ziel einer weiteren Einigung Europas.

Erleichterung jedoch heißt nach der Sicherheits-Philosophie dieser Regierungskoalition nicht der Abbau der Kontrollen zur schrittweisen Öffnung der Schlagbäume Europas, sondern zusätzliche Aufstellung von Lesegeräten zur Verbesserung der automatischen Überprüfung von Personalausweisen und Europapässen.

Damit ist nicht nur die elektronische Datenüberwachung der Bundesbürger perfektioniert. Perfekt ist damit auch die Isolierung der Bundesrepublik und die Diskriminierung der Bürger anderer EG-Staaten. Denn außer Großbritannien hat kein weiteres EG-Land den Computerpaß. Wo andere Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft ihre Grenzen öffnen, installiert diese Bundesregierung hermetische Computerschranken.

Extratouren erlauben sich Bundeskanzler Kohl und Innenminister Zimmermann insbesondere bei der Einführung des Europapasses, der ursprünglich bereits Anfang 1985 ausgeteilt werden sollte. Außer den drei „Neulingen“ Griechenland, Spanien und Portugal haben sich inzwischen sämtliche EG-Staaten der europäischen Paßunion angeschlossen. Nur die CDU/CSU/FDP-Koalition glaubt, noch verzögern zu können, bis sie durch die Hintertür des Europapasses auch den umstrittenen maschinenlesbaren Personalausweis ab 1988 leichter unter's Volk bringen kann.

In einer Zeit, in der es darum geht, europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln - Gemeinde- und Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Regional- und Raumordnungspolitik sowie Zusammenarbeit zwischen grenznahen Krankenhäusern und Rettungsdiensten sind hier sehr gute Anlässe - ist der Alleingang dieser Regierungskoalition in Fragen der Paßgesetzgebung in höchstem Maße uneuropäisch, ja europafeindlich und ein Affront gegen unsere europäischen Nachbarn. Es sind jene „unsere europäischen Freunde“, die Bundeskanzler Kohl in seinen Europareden zur Einigung aufruft, welche ab 1988 an bundesdeutschen Grenzen mit Sonderabfertigung zu rechnen haben.

(-/3.7.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

